

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31502
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rente: Stadtbank Dresden, Stroßasse Blafewitz Nr. 656
Postfach-Nr.: Nr. 514 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blafewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blafewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden bis 6 Uhr abends mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gespaltene Zeile
Ausgaben, Adressen und neuer Zeit, Wochen-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 30 %
monatlich M. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.-. Für Feste, Geburtstags-, Krieg, Streiks usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung des Nachlieferungs der
Zeitung od. Nachzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden - Fr. 1111.
Bei unvert. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch
Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.
Redaktion und Expedition
Blafewitz, Loschwitzer Str. 4
88. Jahrgang

Nr. 177

Montag, den 2. August

1926

Auftakt zur Kolonialdebatte

Der Fall Kölling in Magdeburg: Einleitung eines Disziplinarverfahrens — Furchtbares Flugzeugunglück in Württemberg; 5 Tote, 8 Verletzte — Verschärfter Pariser Kampf gegen Elsaß-Lothringen — Poincaré auf der Anleihefuche — Der Kulturkampf in Mexiko führt bereits zu Ausschreitungen, Zusammenstößen und Verhaftungen

Wieder ein Vorschlag auf Revision des Dawes-Planes

Aus Newyork wird gemeldet: Die International Chamber of Commerce hat einen Entwurf für eine Revision des Dawes-Planes ausgearbeitet, welche dann einsehen soll, wenn im Jahr 1928 die kritische Phase des Dawes-Planes eintritt. Nach diesem Vorschlag

würden die Vereinigten Staaten Deutschland eine neue Anleihe zum Zwecke der Beschaffung von Rohmaterialien gewähren.

Die zur Herstellung von Fertigwaren, in erster Linie Maschinen, verwendet werden sollen. Diese sollen dann an Frankreich geliefert werden und in den französischen Kolonien sowie im Mutterlande bei neu zu gründenden Unternehmungen, die koloniale Rohstoffe verarbeiten, Verwendung finden sollen. Die Aktien dieser Unternehmungen sollen auf den Markt gebracht werden, so daß Frankreich dadurch Bargeld erhalten könne.

Auf diese Weise hofft man der Arbeitslosigkeit sowohl in Deutschland wie in Frankreich zu begegnen.

Anfangserfolg des Russencredits

Nach einer Erklärung der russischen Handelsvertretungen sind auf Grund des Kreditabkommens zwischen den deutschen Banken und der russischen Regierung bisher Geschäftsabschlüsse in Höhe von etwa 40 Millionen Mark getätigt worden. Davon entfallen 14 Millionen auf Werkzeugmaschinen, 3 Millionen auf elektrische Artikel, die übrige Summe dient großen technischen Projekten.

Ein neuer Aufruf Births

Reichsanwalt a. D. Dr. Birth veröffentlicht im Berliner Tageblatt einen neuen Aufruf unter der Überschrift Wege zur republikanischen Union. Er stellt einleitend fest, daß sein erster Mahnruf ein starkes Echo gefunden habe. Der Reichstag sei zur Auflösung reif. Seine erste Pflicht sei es gewesen, Schaffung, Stärkung und Vertiefung der sozialrepublikanischen Bewegung im Zentrum anzustreben. Weber ernste Konflikte hinweg habe die Bewegung Boden gewonnen. Er sei sich klar über die Verpflichtung, nunmehr weiterzugehen und der deutschen Republik möglichst viele Streiter und Mitarbeiter aus den Weimarer Parteien zuzuführen. Räte, Gleichgültigkeit, ja Abneigung und Feindschaft brohe die entschiedenen Anhänger der deutschen Republik zu erfassen, wenn die politische Führung versage; dazu komme die wirtschaftliche Not.

Dr. Birth erklärt, daß niemand um seine Partei besorgt zu sein brauche. Im Gegenteil, das Parteimähige werde von ihm und seinen Anhängern durchaus im Sinne eines organisierten lebendigen Dienstes an der Gemeinschaft bejaht.

Beginn der Hamburger Kolonialtagung

In Hamburg hat die Kolonialwoche begonnen, deren diesmalige Tagung angesichts der aktuellen Bedeutung des ganzen Kolonialproblems das denkbar größte Interesse der politischen Öffentlichkeit des In- und Auslandes finden wird. Je näher der Termin des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund heranrückt, um so lebhafter wird der Wunsch, vor der ganzen Welt die

Forderung Deutschlands auf koloniale Gleichberechtigung

die die Reichsregierung in der letzten Zeit in zahlreichen Rundgebungen erhoben hat, auf das nachdrücklichste zu betonen. Dazu sind jetzt in erster Linie die deutschen Kolonialkreise berufen, die auf ihrer Hamburger Tagung eine

großzügige Demonstration für den deutschen Kolonialgedanken

veranstalten wollen und die sich darin mit allen großen maßgebenden Parteien des Reichstages und insbesondere mit dem gesamten Reichskabinett in voller Übereinstimmung befinden.

Die Reichsregierung kann natürlich im gegenwärtigen Augenblick nicht daran denken,

durch ein offenes Hervortreten auf der Hamburger Kolonialtagung ihrer politischen Initiative vorzugreifen, die sie innerhalb des Völkerbundes zu entfalten beabsichtigt. Trotzdem verfolgt sie die Hamburger Tagung mit großer Aufmerksamkeit, weil sie als spontane Rundgebung der interessierten Volksteile geeignet ist.

Der neuen deutschen Kolonialpolitik den Boden vorzubereiten.

Notwendig ist allerdings dabei, die Abgrenzung der verschiedenen Begriffe rein ideeller Ziele von der realpolitischen Bedeutung der Kolonialfrage innerhalb der deutschen Völkerbundpolitik.

Der Standpunkt der Reichsregierung geht dahin, daß Deutschland bereits Mitglied des Völkerbundes sein muß, wenn es mit dem Antrag hervortritt, auf seine früheren Kolonialvölkerbundsmandate zu erhalten.

Ob diese Auffassung der Reichsregierung überall geteilt wird, ist eine andere Frage, die jetzt hier nicht zur Erörterung steht. Sie hätte aufgerollt werden müssen, bevor das deutsche Zulassungsgebet ergangen ist, aber auch damals wäre ein solches Verfahren auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen.

Flaggenzwischenfall auf dem Deutschen Studententag

Bei der Begrüßungsfeier des Deutschen Studententages in Bonn kam es zu einem Zwischenfall. Die Deutsche Studentenschaft hatte schwarz-weiß-rote Fahnen und die Bonner Studentenschaft schwarz-rot-goldene Fahnen gewinnst. Vor Beginn des Begrüßungsabends wurden beide Flaggen ausgezogen. Als der erste Marsch erklang, wurde das Seil, an dem die Flaggen befestigt waren, abgeschnitten. Da die schwarz-weiß-rote Fahne nicht wieder ausgezogen wurde, verließen alle Studenten, mit Ausnahme der dem republikanischen Studententag angehörenden, den Saal. Die Begrüßungsfeier wurde trotzdem fortgesetzt. Die im Vorraum befindlichen Studenten kehrten wieder in den Saal zurück, um die Rede des Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft anzuhören. Nach der Rede verließen alle Studenten, mit Ausnahme der republikanisch eingestellten, wieder den Saal.

Verschärfung der Gegensätze.

Nachdem der Deutsche Studententag durch den Flaggenstreit am Sonnabend eine unerfreuliche Größnung erfahren hatte, gab es in der Bollstimmung am Sonntag einen neuen Zwischenfall. Mit großer Mehrheit wurden zwei Anträge angenommen des Inhaltes: Der Deutsche Studententag mißbilligt auf das schärfste das Vorgehen des Vorsitzenden der Bonner Studentenschaft. Er sieht in dem gewaltsamen Herunterholen der beiden Fahnen eine Entehrung des Andenkens der gefallenen Kommilitonen.

Die Bonner Vertreter zogen sich hierauf von den Verhandlungen zurück und verließen den Saal.

Schrecklicher Abschluß einer Flugveranstaltung

Aus Heidenheim wird gemeldet: Die Flugveranstaltung des Landesverbandes von Württemberg endete nach kurzen Flugvorführungen mit einem furchtbaren Unglück. Heinkel D 722 mit dem Jungflieger Drechsel flog beim Landen zu kurz an den Platz. Der Versuch, erneut durch Antrieb des Motors zu steigen, mißlang, da das Flugzeug absackte. Das Flugzeug erfasste dabei die Bretterwand des Platzes und drängte gegen die Barriere und die dahinterstehenden Zuschauer. Durch die Propeller, die brechenden Planen und das Schleifen des Flugzeuges wurden fünf Personen tödlich, sieben Personen und der Flieger leichter verletzt. Die anwesenden Ärzte leisteten die erste Hilfe. Das Flugzeug, das am Endlauf umkippte, wurde zertrümmert. (W. T. B.)

Ausnahmegesetze gegen die Heimatbewegung

In der Kammer Sitzung hat der französische Justizminister einen Gesetzentwurf unterbreitet, der nach dem „Echo de Paris“ bezweckt, die Propaganda zu unterdrücken, die darauf ausgeht, einen Teil des französischen Gebietes der Autorität der französischen Regierung zu entziehen. Der Gesetzentwurf richtet sich in erster Linie gegen die elässische Autonomiebewegung, zu deren gewaltsamen Unterdrückung sich die französische Regierung mit diesem Gesetz eine Handhabe schaffen will.

Ein interessantes Experiment (Gemeinsame französisch-belgische Frankensicherung.)

Die Währungsfrage, die der Frank jetzt durchzumachen hat, ist nicht die einzige in Europa. Fast alle lateinischen Währungen — vielleicht mit Ausnahme der spanischen — sind von ihr betroffen. Eine Zeitlang schien es, als ob die Kurskurve der lateinischen Währung für Frankreich, Italien und Belgien die gleiche sei. Erst als der französische Frank seinen großen Kurssturz begann, gingen die Kursbewegungen der einzelnen Valuten stark auseinander; zuerst überließelte der französische Frank die italienische Lira und dann sogar den belgischen Franken. Während es Italien gelungen ist, den Sturz seiner Währung wenigstens vorläufig aufzuhalten, waren alle Versuche in Belgien und Frankreich bisher vergeblich.

Infolge der ziemlich gleichförmigen Bewegung der lateinischen Valuten lag der Gedanke nahe, eine gemeinsame Aktion zur Stützung der Währungen einzuleiten. Bekanntlich wurde unter der Finanzministerfchaft von Peret des öfteren davon gesprochen, die Stabilisierung des französischen Frankens gemeinsam mit Italien und Belgien zu versuchen. Weshalb dieser Gedanke wieder aufgegeben wurde, ist nicht ganz klar. Möglicherweise fürchtete jedes Land, daß es seine finanzielle Bewegungskraft bei einer internationalen Aktion für die Währungsstützung einbüßen würde. Als dann die Kursdifferenz zwischen den einzelnen Valuten größer und größer wurde, verstand es sich von selbst, daß der Gedanke eines Zusammenwirkens fallen gelassen wurde. Es ist überdies fraglich, ob z. B. die französischen und italienischen Interessen bei gemeinsamer Währungsstabilisierung hätten in Einklang gebracht werden können. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind bei beiden Ländern so verschieden, daß ein Erfolg gemeinsamer Stabilisierungsmaßnahmen zum mindesten zweifelhaft gewesen wäre.

Anderer liegen jedoch die Verhältnisse bei einer gemeinsamen Stabilisierung der belgischen und französischen Währung. Erstens sind die Erfolgsaussichten größer, wenn in die Kooperation nur zwei statt drei Staaten einbezogen sind, und zweitens sind die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Voraussetzungen in Belgien nicht sehr von denen in Frankreich verschieden. Außerdem ist die Kursdifferenz verhältnismäßig gering. Es scheint infolgedessen, als ob man den alten Plan gemeinsamen Vorgehens in der Währungsreform sowohl in Belgien wie in Frankreich wieder aufgenommen hat.

Für Belgien liegt allerdings zunächst äußerlich kein triftiger Grund vor, sich währungsrechtlich enger an Frankreich anzuschließen. Es ist ihm mit einiger Mühe gelungen, den Kurs des Frankens wenigstens vorläufig ungefähr zu halten, wenn auch die diktatorischen Maßnahmen der belgischen Regierung auf die Dauer wenig erfolgversprechend sind. Andererseits verlockt die Entwicklung der Währungsverhältnisse in Frankreich nicht